## S 2 R 3020/16

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Sozialversicherungspflicht bzw -freiheit -

Notarzt im Rettungsdienst – abhängige Beschäftigung – selbstständige Tätigkeit

Leitsätze Notärzte sind regelmäßig aufgrund

Beschäftigung versicherungspflichtig, weil sie in ihrer Tätigkeit Teil eines Systems ineinandergreifender rechtlicher und organisatorischer Regelungen einer

Rettungskette sowie in die Organisations-

Rettungsdienstträgers eingegliedert sind.

und Weisungsstruktur des

SGB III § 25 Abs 1 S 1; SGB III § 27 Abs 3 Nr 1; SGB IV § 7 Abs 1; SGB IV § 8 Abs 1; SGB IV § 23c Abs 2 S 1 Nr 1; SGB V § 5 Abs 1 Nr 1; SGB V § 121 Abs 2; SGB XI §

20 Abs 1 S 2 Nr 1

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 2 R 3020/16 Datum 11.09.2018

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 BA 3646/18 Datum 20.07.2020

3. Instanz

Datum 19.10.2021

Â

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Badenâ∏Württemberg vom 20. Juli 2020 wird zurückgewiesen.

Der KlĤger trĤgt die Kosten des Revisionsverfahrens mit Ausnahme der Kosten

der Beigeladenen.

Der Streitwert wird für das Revisionsverfahren auf 5000 Euro festgesetzt.

Â

Gründe:

ı

Â

1

Streitig ist die Versicherungspflicht der Beigeladenen in der gesetzlichen Kranken-(GKV) und der sozialen Pflegeversicherung (sPV) sowie nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung in den einzelnen Diensten als NotĤrztin im Rettungsdienst in der Zeit ab August 2015.

Â

Der KlĤger ist ein DRK-Kreisverband in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sein Landesverband ist ein TrÄxger des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg. Für den Landkreis R wurde dem Kläger die Durchführung des Rettungsdienstes übertragen. Er unterhält entsprechende Rettungswachen mit Fahrzeugen und Ausrüstung und betreibt zudem die integrierte Leitstelle, welche nach §Â 6 Rettungsdienstgesetz Baden-Wýrttemberg (RDG BW) alle EinsÃxtze des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich lenkt. Zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst schlossen die beteiligten Verbände auf Landesebene (KassenĤrztliche Vereinigungen, LandesĤrztekammer, Krankenhausgesellschaft, und Krankenkassen) sowie die Rettungsdienstorganisationen zum 1.1.1994 die â∏Rahmenvereinbarung über die Mitwirkung von an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ã∏rzten (VertragsÃxrzten) und NichtvertragsÃxrzten sowie von KrankenhausÃxrzten im Rettungsdienst nach §Â 10 des RDG BWâ∏∏. Danach sind die Krankenhausträger im Rahmen ihrer LeistungsfĤhigkeit verpflichtet, Ä∏rzte gegen Kostenausgleich zur Verfügung zu stellen. Die niedergelassenen Ã∏rzte wirken im Rahmen des Sicherstellungsauftrags nach §Â 75 Abs 1 SGB V mit (§Â 1 Abs 1 der Rahmenvereinbarung). §Â 3 dieser Vereinbarung lautet: Â

Â

3

Die Beigeladene ist in einem Krankenhaus als A

rztin versicherungspflichtig beschäftigt und seit 2006 in ihrer Tätigkeit als Ã∏rztin von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) befreit. Daneben war sie auf der Basis des mit dem Kläger geschlossenen â□□Vertrag[s] Freiwilliger Notarzt Landkreis Râ∏ ab August 2015 als Notärztin im Rettungsdienst tÄxtig. In diesem Vertrag wird darauf hingewiesen, dass die Bereitstellung und Organisation des Notarztdienstes den KrankenhĤusern obliege; das DRK sich als Träger des Rettungsdienstes aber bereit erklärt habe, einige organisatorische Aufgaben und die Auszahlung der Vergļtung zu ļbernehmen. Das DRK handele insoweit im Auftrag und fÃ1/4r Rechnung der KrankenhÃxuser und der Krankenkassen. Das Notarzteinsatzfahrzeug (NEF) werde â∏∏ besetzt durch einen Rettungsassistenten â∏ samt medizinisch-technischer Ausstattung vom Kläger gestellt. Der Notarztdienst werde als â□□freiberufliche Tätigkeitâ□□ übernommen. â∏Die Vertragspartner stimmen darin überein, dass durch diese Vereinbarung ein ArbeitsverhĤltnis nicht begründet wird.â∏ Steuer- und SozialversicherungsbeitrĤge sowie sonstige Abgaben führe die Beigeladene selbst ab, sie lege den Umfang ihrer notÄxrztlichen TÄxtigkeit selbst fest und werde eigenverantwortlich medizinisch tÄxtig. Der Ä\rztliche Leiter des Notarztstandorts erstelle auf Grundlage von Einteilungswünschen, aber ohne Anspruch auf Einteilung, einen monatlichen Dienstplan, der dann verbindlich sei. Im Verhinderungsfall habe die Beigeladene für Ersatz zu sorgen und den Ã∏rztlichen Leiter des Notarztstandorts sowie die Rettungsleitstelle unverzüglich zu informieren. Die Vergütung richte sich nach der jeweils gültigen Tarifregelung zwischen der KassenĤrztlichen Vereinigung, der LandesĤrztekammer und den KostentrĤgern. Das VertragsverhĤltnis kĶnne von beiden Seiten mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende schriftlich gekündigt werden.

Â

4

Die Beigeladene absolvierte â | nach Angaben des Klà x gers à ½ ber den Zeitraum bis einschlie Ä | lich Mai 2017 â | monatlich in der Regel einen werkt X z glichen Dienst (13,5 Stunden à ½ ber Nacht) und einen Wochenenddienst (24 Stunden). Als Verg à ½ tung erhielt sie in dieser Zeit einen Stundenlohn zwischen 27 und 35 Â Euro sowie eine Einsatzpauschale von 70 Â Euro ab dem dritten Einsatz innerhalb einer Schicht und erzielte insgesamt zwischen 607,30 Euro und 1518,70 Euro im Monat.

5

Am 9.11.2015 stellte die Beigeladene bei der Beklagten einen Antrag auf Statusfeststellung. Nach AnhĶrung stellte die Beklagte gegenüber dem Kläger und der Beigeladenen deren Versicherungspflicht in der GKV, GRV und sPV sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung ab 1.8.2015 aufgrund abhängiger Beschäftigung fest (Bescheide vom 22.3.2016; Widerspruchsbescheid vom 2.11.2016).

Â

6

Während des Widerspruchsverfahrens wies der Kläger auf den Abschluss eines neuen Kooperationsvertrags zum 1.5.2016 hin und beantragte erneut die Statusfeststellung. Die Beklagte lehnte den Antrag ab, weil ýber den Status bereits mit Bescheid vom 22.3.2016 entschieden worden sei. Entscheidungserhebliche Unterschiede in der Ausgestaltung der Tätigkeit lägen auch unter Berýcksichtigung des neuen Kooperationsvertrags nicht vor (Bescheid vom 22.6.2016; weiterer Widerspruchsbescheid vom 2.11.2016).

Â

7

Das SG hat die Bescheide vom 22.3.2016 und 22.6.2016 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 2.11.2016 aufgehoben und festgestellt, dass die Tätigkeit der Beigeladenen als freiwillige Notärztin im Rettungsdienstbereich R eine selbstständige Tätigkeit sei und keine Versicherungspflicht in der GKV, GRV und sPV sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung bestehe (Urteil vom 11.9.2018).

Â

8

Auf die Berufung der Beklagten hat das LSG dieses Urteil geĤndert und die Bescheide vom 22.3.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 2.11.2016 aufgehoben, soweit Versicherungspflicht in der GRV festgestellt wurde, weil die Beigeladene hiervon befreit worden sei. Im Ä\[
\text{brigen hat es die Klage abgewiesen.}\text{Der Bescheid vom 22.6.2016 sei zum Zeitpunkt seiner Einbeziehung in das Klageverfahren bereits bestandskr\text{A\text{a}rftig gewesen.}\text{Die Beigeladene habe die not\text{A\text{a}rztliche T\text{A\text{a}tigkeit in abh\text{A\text{a}ngiger Besch\text{A\text{a}ftigung ausge\text{A\text{1}/4}bt, weil diese T\text{A\text{a}tigkeit ma\text{A\text{g}peblich durch die Ordnung des Betriebes des Kl\text{A\text{a}gers gepr\text{A\text{a}tigkeit werde und die Beigeladene darin eingegliedert sei. Das zeige sich insbesondere daran, dass die Beigeladene die erforderliche logistische, organisatorische und

sächliche Ausstattung für die Notfallrettung nutze, die der Kläger als Träger des Rettungsdienstes zur Verfügung stelle, und mit dessen Rettungsdienstpersonal arbeitsteilig zusammenwirke (*Urteil vom 20.7.2020*).

Â

9

Mit der Revision rüqt der Kläger einen VerstoÃ∏ gegen §Â 7 Abs 1 SGB IV. Allein aus der umfassenden Nutzung von Organisation, Einrichtung und Betriebsmitteln kA¶nne nicht auf die Eingliederung in den Betrieb des KlA¤gers geschlossen werden. Dieser Umstand wohne der Äxrztlichen TÄxtigkeit wesensnotwendig inne. Nach der Rechtsprechung des BSG zu HonorarÄxrzten dürfe dem â∏∏ ebenso wie der in der Natur der Sache liegenden fachlichen Weisungsfreiheit der ̸rzte â∏∏ für die Statusbeurteilung kein maÃ∏gebliches Gewicht zukommen. Das gelte auch für die aus dem baden-württembergischen Rettungsdienstrecht sowie aus der Natur der Sache folgenden Vorgaben zur Rettungskette. Die Beigeladene habe keine Rechtspflichten des KlAzgers erfA¼llt. Die letztlich von der zustĤndigen Krankenkasse geschuldete Vergļtung sei vom KlĤger lediglich aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung abgerechnet und durchgeleitet worden. Die freiwilligen NotÄxrzte seien mit selbststÄxndigen BelegÃxrzten nach <u>§Â 121 Abs 2 SGBÂ V</u> vergleichbar. Die TÃxtigkeit sei zudem wegen Zeitgeringfýgigkeit nach <u>§Â 8 Abs 1 Nr 2 SGBÂ IV</u> versicherungsfrei. Denn die einzelnen, von vornherein auf l\( \tilde{A} \times ngstens 24\tilde{A} \) Stunden begrenzten Schichten, seien nach der Rechtsprechung zur Statusbeurteilung jeweils gesondert zu betrachten. Bei Annahme von BerufsmäÃ∏igkeit ergebe sich die Versicherungsfreiheit zumindest wegen UnstĤndigkeit aus <u>§Â 27 Abs 3 Nr 1</u> SGBÂ III, weil jeder Einsatz auf weniger als eine Woche begrenzt gewesen sei.

Â

10

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 20. Juli 2020 zu ändern und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Reutlingen vom 11. September 2018 insoweit zurückzuweisen, als die Versicherungspflicht der Beigeladenen in der gesetzlichen Krankenversicherung, sozialen Pflegeversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung betroffen ist.

Â

11

Die Beklagte beantragt, die Revision des KlĤgers zurļckzuweisen.

| Â   |
|---|
| 12  |
| Sie hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.  |
| Â   |
| 13  |
| Die Beigeladene hat keinen Antrag gestellt.   |
| Â   |
| 14  |
| Die Bundesagentur f $\tilde{A}^{1}$ /4r Arbeit sowie die D als Kranken- und Pflegeversicherung haben ihre Beiladung auf die Benachrichtigung des Senats innerhalb der gesetzten Frist nicht beantragt ( $\hat{A}$ § $\hat{A}$ 75 Abs $\hat{A}$ 2b SGG).   |
| Â   |
| II  |
| Â   |
| 15  |
| Die zulässige Revision des Klägers ist unbegründet (§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG).  |
| Â   |
| 16  |
| A. Die Klage gegen den Bescheid vom 22.6.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 2.11.2016 ist unzulĤssig. Der KlĤger hat in der mýndlichen Verhandlung vor dem SG die Aufhebung des Bescheides der Beklagten vom 22.6.2016 in der Fassung des hierzu gesondert ergangenen Widerspruchsbescheids vom 2.11.2016 beantragt. Die Einwilligung der Beklagten in die damit verbundene KlageĤnderung war gemäÃ∏ § 99 Abs 2 SGG anzunehmen, nachdem diese sich, ohne der Ã∏nderung zu widersprechen, in der mÃ⅓ndlichen Verhandlung durch den uneingeschränkten Klageabweisungsantrag auf die geänderte Klage eingelassen hat (vgl B. Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, § 99 RdNr 9 mwN). |

Die so erweiterte Klage hat das LSG zutreffend insoweit als unzulĤssig angesehen, als sie den Bescheid vom 22.6.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 2.11.2016 betrifft. Sie ist nicht innerhalb der Frist des §Â 87 SGG erhoben. Der Bescheid vom 22.6.2016 ist nicht nach §Â 86 SGG Gegenstand des gegen den Bescheid vom 22.3.2016 bereits laufenden Widerspruchsverfahrens geworden. Die mit Bescheid vom 22.6.2016 verfügte Ablehnung einer erneuten Statusfeststellung ändert die Entscheidung über die mit Bescheid vom 22.3.2016 festgestellte Versicherungspflicht nicht. Insoweit hat nicht nur die Beklagte zu Recht zwei gesonderte Widerspruchsbescheide vom 2.11.2016 erlassen; gegen den Bescheid vom 22.6.2016 in der Fassung des hierzu ergangenen Widerspruchsbescheids vom 2.11.2016 hat der Kläger eine eigene Klage erheben müssen. Das ist erstmals in der mündlichen Verhandlung vor dem SG am 11.9.2018 und damit nach Ablauf der Klagefrist geschehen.

Â

18

B. Das LSG hat auch zu Recht das Urteil des SG geändert und die Klage abgewiesen, soweit die Beklagte die Versicherungspflicht der Beigeladenen in der GKV und sPV sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung ab 1.8.2015 in den einzelnen Diensten festgestellt hat. Insoweit sind die Bescheide der Beklagten vom 22.3.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 2.11.2016 rechtmäÃ□ig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten. Mangels Revision der Beklagten sind die genannten Bescheide nur insoweit Gegenstand der Revision. Denn die Berufung der Beklagten ist erfolglos geblieben, soweit das SG diese Bescheide bezüglich der Feststellung der Versicherungspflicht der Beigeladenen in der GRV aufgehoben hat.

Â

19

Die Beigeladene war in ihrer Tätigkeit als Notärztin im Rettungsdienst des KIägers ab dem 1.8.2015 in den einzelnen Diensten gegen Arbeitsentgelt abhängig beschäftigt und deshalb nach §Â 5 Abs 1 Nr 1 SGB V, §Â 20 Abs 1 Satz 2 Nr 1 SGB XI, §Â 25 Abs 1 Satz 1 SGB III, §Â 7 Abs 1 SGB IV in der GKV und sPV sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung versicherungspflichtig (dazu 1. und 2.). Eine Versicherungsfreiheit aus anderen Vorschriften ergibt sich nicht (dazu 3.). Dies hat die Beklagte auf der Ermächtigungsgrundlage des §Â 7a Abs 2 SGBÂ IV zu Recht festgestellt.

Â

20

1. Im streitigen Zeitraum unterlagen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschĤftigt waren, der Versicherungspflicht in der GKV und sPV sowie nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung (§Â 5 Abs 1 Nr 1 SGB V, §Â 20 Abs 1 Satz 2 Nr 1 SGB XI und §Â 25 Abs 1 Satz 1 SGBÂ III).

Â

21

a) Beschäftigung ist gemäÃ $\square$  <u>§Â 7 Abs 1 SGB IV</u> die nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhÃxItnis (Satz 1). Anhaltspunkte für eine BeschĤftigung sind eine TĤtigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (Satz 2). Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhĤngige BeschĤftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persĶnlich abhĤngig ist. Bei einer BeschĤftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschĤftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfļhrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â∏ vornehmlich bei Diensten höherer Art â∏∏ eingeschrĤnkt und zur â∏funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏∏ verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbstständige TÃxtigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstĤtte, die VerfļgungsmĶglichkeit ļber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÄxtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand beschÄxftigt oder selbststÄxndig tÄxtig ist, richtet sich danach, welche UmstĤnde das Gesamtbild der Arbeitsleistung prĤgen und hängt davon ab, welche Merkmale überwiegen. Die Zuordnung einer Tätigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der BeschĤftigung oder selbststĤndigen TĤtigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden UmstĤnde festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, dh den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei gegeneinander abgewogen werden.

Â

22

b) Bei der Statusbeurteilung ist regelm $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$  $\square$ ig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, so ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu pr $\tilde{A}$  $^{1}$ 4fen, ob m $\tilde{A}$  $^{1}$ 4ndliche oder konkludente  $\tilde{A}$  $^{1}$ 1nderungen erfolgt sind. Schlie $\tilde{A}$  $^{1}$ 1lich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu pr $\tilde{A}$  $^{1}$ 4fen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen  $\tilde{A}$  $^{1}$ 4ber den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des Rechtsverh $\tilde{A}$  $^{1}$ 1nisses zum Typus der Besch $\tilde{A}$  $^{1}$ 1gung oder selbstst $\tilde{A}$  $^{1}$ 2ndigen T $\tilde{A}$  $^{1}$ 2nd R $^{1}$ 3 R $^{1}$ 3 R $^{1}$ 4 R $^{1}$ 3 R $^{1}$ 4 R $^{1}$ 5 R

= $\hat{A}$  SozR  $4\hat{a}_{\Box}2400$   $\hat{A}$ § $\hat{A}$  7 Nr $\hat{A}$  42, RdNr $\hat{A}$  14 $\hat{A}$  f mwN). Diese wertende Zuordnung kann nicht mit bindender Wirkung für die Sozialversicherung durch die Vertragsparteien vorgegeben werden, indem sie zB vereinbaren, eine selbstständige Tätigkeit zu wollen. Denn der besondere Schutzzweck der Sozialversicherung schlieÃ $_{\Box}$ t es aus, dass über die rechtliche Einordnung einer Person  $\hat{a}_{\Box}$  $\hat{A}$  als selbstständig oder beschäftigt $\hat{A}$   $\hat{a}_{\Box}$  $_{\Box}$  allein die VertragsschlieÃ $_{\Box}$ enden entscheiden.  $\hat{A}_{\Box}$ ber zwingende Normen kann nicht im Wege der Privatautonomie verfügt werden. Vielmehr kommt es entscheidend auf die tatsächliche Ausgestaltung und Durchführung der Vertragsverhältnisse an (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019  $\hat{a}_{\Box}$  $\hat{A}$  $\hat{$ 

Â

23

c) Bei Vertragsgestaltungen, in denen  $\hat{a} \oplus \hat{A}$  wie hier $\hat{A} = \hat{A} \oplus \hat{A}$  die  $\hat{A} \oplus \hat{A}$  bernahme einzelner Dienste individuell vereinbart wird und insbesondere kein Dauerschuldverh $\hat{A}$ xltnis mit Leistungen auf Abruf vorliegt, ist f $\hat{A}^{1}$ 4r die Frage der Versicherungspflicht allein auf die Verh $\hat{A}$ xltnisse abzustellen, die w $\hat{A}$ xhrend der Ausf $\hat{A}^{1}$ 4hrung der jeweiligen Einzelauftr $\hat{A}$ xge bestehen. Au $\hat{A}$  erhalb der Einzeleins $\hat{A}$ xtze liegt schon deshalb keine die Versicherungspflicht begr $\hat{A}^{1}$ 4ndende  $\hat{a}$  entgeltliche $\hat{a}$  Besch $\hat{A}$ xftigung iS des  $\hat{A}$ 8 $\hat{A}$ 7 Abs $\hat{A}$ 1 SGB $\hat{A}$  IV vor, weil keine latente Verpflichtung der Beigeladenen bestand, T $\hat{A}$ xtigkeiten f $\hat{A}^{1}$ 4r den Kl $\hat{A}$ xger auszu $\hat{A}^{1}$ 4ben, und dieser umgekehrt auch kein Entgelt zu leisten hatte (vgl BSG Urteil vom va.6.2019  $\hat{a}$   $\hat$ 

Â

24

2. Unter Zugrundelegung dieser MaÃ□stäbe und ausgehend von den nicht mit Revisionsrügen angegriffenen und daher bindenden (§Â 163 SGG) Feststellungen des LSG überwiegen nach dem Gesamtbild der Tätigkeit die Indizien für eine abhängige Beschäftigung der Beigeladenen während der einzelnen Dienste.

Â

25

a) Dass der Kläger mit der Beigeladenen eine selbstständige Tätigkeit vereinbaren wollte, die Tätigkeit daher als eine â∏freiberuflicheâ∏ bezeichnet wurde und die Vertragspartner darin übereinstimmten, dass durch diese Vereinbarung ein Arbeitsverhältnis nicht begrþndet werde und die Beigeladene selbst Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge sowie sonstige Abgaben

abf $\tilde{A}^{1/4}$ hren sollte, ist â $\square$  $\square$  $\hat{A}$  wie dargestellt $\hat{A}$  â $\square$  $\square$  sozialversicherungsrechtlich nicht ausschlaggebend.

Â

26

b)Â Das LSG hat ausgehend von der am 1.1.1994 in Kraft getretenen Rahmenvereinbarung und dem â\\_\vertrag Freiwilliger Notarzt Landkreis Râ\\_\vert vom 24.7.2015 sowie dem Vorbringen der Beteiligten zutreffend festgestellt, dass nur jeweils die Erbringung von Einzeldiensten vereinbart wurde. Der Ã\\_\vert ztliche Leiter des Notarztstandortes erstellte monatlich unter BerÃ\\_\vert cksichtigung der von den teilnehmenden Ã\\_\vert zten geÃ\\_\vert uÃ\\_\vert einen Dienstplan. Dieser wurde mit VerÃ\\_\vert ffentlichung verbindlich, dh erst hierdurch entstand die rechtliche Verpflichtung der Beigeladenen gegenÃ\\_\vert ber dem KlÃ\\_\vert ger, den zugesagten Dienst zu leisten. Die Beigeladene hatte keine Verpflichtung, einen bestimmten Umfang an Diensten zu Ã\\_\vert bernehmen.

Â

27

Diese rechtliche Bewertung liegt den angefochtenen Bescheiden der Beklagten zugrunde, auch wenn darin die einzelnen Tage der EinsÄxtze der Beigeladenen nicht ausdrĽcklich benannt sind. GrundsÄxtzlich hÄxlt der Senat eine Feststellung im Statusfeststellungsverfahren schon dann fļr hinreichend bestimmt (§Â 33 Abs 1 SGB X), wenn â∏ wie hier bezogen auf die â∏angenommenen Diensteâ∏ â∏ sie ausreichend erkennen lÄxst, dass sie sich auf die Durchfļhrung von EinzelauftrÄxgen zwischen den Beteiligten â∏ beginnend mit dem ersten TÄxtigwerden â∏ unter gleichbleibenden Bedingungen bezieht und kein DauerschuldverhÄxltnis vorliegt (vgl BSG Urteil vom 19.10.2021 â∏ B 12 KR 29/19 R â∏ zur VerĶffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen). Im Anfrageverfahren nach §Â 7a SGB IV ist die Versicherungspflicht ab Aufnahme der TÄxtigkeit, dh regelmÄxÄ∏ig zukunftsgerichtet festzustellen. Die konkreten Tage der EinzeleinsÄxtze werden in der Regel aber nicht fļr weite ZeitrÄxume im Voraus fest vereinbart.

Â

28

c) MaÃ∏gebend für das Vorliegen von abhängiger Beschäftigung ist, dass die Beigeladene einem Weisungsrecht des Klägers unterlag und in einer ihre Tätigkeit prägenden Weise in dessen Betriebsablauf eingegliedert war. Die in <u>§Â 7 Abs 1 Satz 2 SGB IV</u> genannten Anhaltspunkte der Weisungsgebundenheit und der Eingliederung stehen weder in einem Rangverhältnis zueinander noch mþssen sie stets kumulativ vorliegen.

29

aa) Insbesondere bei Hochqualifizierten oder Spezialisten (sog Diensten höherer Art) kann das Weisungsrecht aufs Stärkste eingeschränkt sein. Dennoch kann die Dienstleistung in solchen Fällen fremdbestimmt sein, wenn sie ihr Gepräge von der Ordnung des Betriebes erhält, in deren Dienst die Arbeit verrichtet wird. Die Weisungsgebundenheit der Arbeitnehmerin verfeinert sich in solchen Fällen  $\hat{A} = 1 \text{ mathematical mathema$ 

Â

30

Ein Weisungsrecht des KlĤgers bestand zumindest insoweit, als die von ihm betriebene Rettungsleitstelle der Beigeladenen bestimmte Einsatzorte zuwies, die diese nach Alarmierung schnellstmĶglich aufzusuchen hatte. Diese Weisung wartete die Beigeladene in einem vertraglich zugewiesenen Aufenthaltsbereich (ein bestimmtes Krankenhaus oder eine bestimmte Rettungswache) ab, um ihr dann im Regelfall mit Hilfe eines vom KlĤger gestellten Fahrzeugs Folge zu leisten, das von einem bei ihm beschĤftigten RettungssanitĤter gesteuert wurde. Am Einsatzort versorgte die Beigeladene die Notfallpatienten unter Heranziehung der Rettungsmittel und des Rettungsdienstpersonals des KlĤgers. In medizinischen Fragen war sie gegenĽber den Rettungsassistenten wĤhrend des Einsatzes weisungsbefugt. Obwohl die Beigeladene in ihrer medizinischen TĤtigkeit weitgehend eigenverantwortlich tĤtig wurde, unterlag sie auch dabei zumindest den Handlungsempfehlungen und Leitlinien des Rettungsdienstbereichs R.

Â

31

Die auf diese Weise in arbeitsteiliger Zusammenarbeit mit dem Personal des Klä¤gers funktionierende â∏Rettungsketteâ∏ macht zugleich die Eingliederung der Beigeladenen in die Arbeitsablä¤ufe des Rettungsdienstes und in die vom Klä¤ger vorgegebenen Organisationsstrukturen deutlich. Die Weisungsgebundenheit der Beigeladenen verfeinert sich hier â∏zur funktionsgerechten, dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏. Durch die (unentgeltliche) Nutzung dieser Organisationsstrukturen, der Einrichtungen sowie personellen und sä¤chlichen Betriebsmittel des Klä¤gers war die Beigeladene in einer ihre Tä¤tigkeit prä¤genden Art und Weise fremdbestimmt in den Rettungsdienstbetrieb des Klä¤gers eingegliedert. Dies zeigt sich auch daran, dass die Beigeladene wä¤hrend der Dienstzeit ihre lä½ckenlose Einsatzbereitschaft sicherzustellen und sich zur Abholung bereitzuhalten hatte. Im Bedarfsfall â∏ zB bei einer Verspä¤tung der Ablä¶sungå â∏ war sie verpflichtet, ihren Dienst Ä⅓ber

den im Dienstplan vorgesehenen Umfang hinaus fortzusetzen. Denn sie durfte ihre Einsatzbereitschaft erst beenden, wenn der ablösende Notarzt dienstbereit war. Zudem hatte sie fÃ⅓r jeden Einsatz ein Notarztprotokoll zu erstellen und dieses zeitnah im EDVâ∏∏System des Klägers zu erfassen.

Â

32

bb) Der Einwand des KlĤgers, er habe nicht die Ķffentlich-rechtliche Aufgabe der notĤrztlichen Versorgung inne, sodass er mit dem Notarzteinsatz keine eigenen Leistungspflichten erfļlle, verfĤngt nicht. Der KlĤger hat die am 1.1.1994 in Kraft getretene Rahmenvereinbarung gerade â∏zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienstâ∏ geschlossen und damit die entsprechenden Pflichten vertraglich übernommen. Das zeigt sich auch an dem gewĤhlten Vergļtungsmodell, nach dem der KlĤger die TĤtigkeit der Beigeladenen anhand der von ihr gestellten Rechnungen vergļtete. Wie sich die weitere Abrechnung zwischen dem KlĤger und den KostentrĤgern gestaltete und inwieweit eine â∏Durchleitung der Beträge zur Verwaltungsvereinfachungâ∏∏ vorgenommen wurde, ist unerheblich. Zwar wurde der KlAzger gegebenenfalls â∏im Auftrag und für Rechnung der Krankenhäuser und der Krankenkassenâ∏∏ tÃxtig, aber nicht in deren Namen. Er handelte nicht in Vertretung für einen Dritten, sondern im eigenen Namen und war mithin allein Schuldner der Vergütung der Beigeladenen. Diese konnte ihre Leistungen weder über die Patienten noch über deren Kostenträger oder über einen Krankenhausträger oder sonstigen Dritten abrechnen. Unerheblich ist, dass der KlĤger mit der Beigeladenen in dem â∏∏Vertrag Freiwilliger Notarzt Landkreis Râ∏∏ vereinbart hatte, die Vergütung richte sich nach der jeweils geltenden Tarifregelung zwischen der KassenĤrztlichen Vereinigung, der LandesĤrztekammer und den KostentrĤgern. Das macht die genannten Partner der Tarifregelung nicht zu Schuldnern der Vergļtung der Beigeladenen. Es ist vielmehr gerade für arbeitsvertragliche Vergütungen nicht unüblich, diese in Anlehnung oder unter direkter Bezugnahme auf Tarifregelungen zu vereinbaren. Dass die hier in Bezug genommene Tarifregelung Tarife fýr von Selbstständigen erbrachte Leistungen regelt, hat keine Auswirkungen auf die Ausübung oder Gestaltung der Tätigkeit an sich und macht diese daher nicht zu einer selbststĤndigen.

Â

33

cc) Dass die hier vorliegenden Umstände typisch für eine â∏Rettungsketteâ∏ sind und â∏in der Natur der Sacheâ∏ von Notarzteinsätzen liegen sowie den gesetzlichen (hier des RDG BW) und sonstigen normativen Vorgaben entsprechen, führt nicht dazu, dass diese Aspekte bei der Gesamtwürdigung auÃ∏er Acht zu lassen wären. Denn für die Frage, ob eine abhängige Beschäftigung vorliegt, sind stets die konkreten Umstände des individuellen Sachverhalts maÃ∏gebend. Bei der gebotenen Gesamtabwägung sind sämtliche, auch solche Umstände zu

berücksichtigen, die einer Tätigkeit ihrer Eigenart nach immanent, durch gesetzliche Vorschriften oder eine Ķffentlich-rechtliche Aufgabenwahrnehmung bedingt sind oder auf sonstige Weise â∏in der Natur der Sacheâ∏ liegen. Ihnen ist nach der Senatsrechtsprechung zwar nicht zwingend eine entscheidende Indizwirkung für eine abhängige Beschäftigung beizumessen; umgekehrt ist eine abhängige Beschäftigung aber auch nicht allein deshalb ausgeschlossen, weil sich bestimmte Weisungsrechte oder Vorgaben aus der Eigenart der TÄxtigkeit ergeben oder ihr innewohnen. Indizwirkung gegen eine BeschĤftigung und fļr eine selbststĤndige TĤtigkeit besteht vielmehr dann, wenn bei Verrichtung der TÃxtigkeit eine Weisungsfreiheit verbleibt, die sie insgesamt als eine unternehmerische kennzeichnet. Denn ob und inwieweit einzelne UmstÄxnde einer Tätigkeit â∏ihrer Natur nachâ∏ immanent sind, hängt wesentlich mit der zu beurteilenden TÄxtigkeit und ihrer konkreten Ausgestaltung zusammen. Je enger der übertragene TÃxtigkeitsbereich abgesteckt ist, weil der Auftrag- oder Arbeitgeber nicht auf eigene GestaltungsmĶglichkeiten verzichtet, desto weniger Spielraum kann der übertragenen Tätigkeit noch immanent sein. So ist in der Regel auch die strikte Weisungsunterworfenheit klassischer â∏Fabrikarbeiterâ∏ der Eigenart ihrer TÄxtigkeit geschuldet. Gerade dies begrļndet aber ihre Sozialversicherungspflicht und stellt sie nicht infrage (BSG Urteil vom 27.4.2021 â∏ B 12 R 16/19 R â∏ juris RdNr 15 f mwN, zur Veröffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen).

Â

34

Umgekehrt können so auch Umstände, die â∏in der Natur der Sacheâ∏ liegen, für eine selbstständige Tätigkeit sprechen. Solche sind hier aber gerade nicht in hinreichendem MaÃ∏e festgestellt oder erkennbar. Die Einzelfallumstände stützen hier in ihrer Gesamtbetrachtung die Bewertung als abhängige Beschäftigung der Beigeladenen. Sie hat ihre Arbeitskraft nicht anders als beim Kläger angestellte Notärzte eingesetzt und hatte innerhalb der betrieblich vom Kläger vorgegebenen Ordnung keine ins Gewicht fallenden Freiheiten hinsichtlich Gestaltung und Umfang ihrer Arbeitsleistung innerhalb einzelner Dienste.

Â

35

d)Â Das LSG hat keine fÃ $\frac{1}{4}$ r SelbststÃ $\frac{1}{4}$ ndigkeit sprechenden Anhaltspunkte festgestellt, die mit einem derartigen Gewicht fÃ $\frac{1}{4}$ r SelbststÃ $\frac{1}{4}$ ndigkeit sprechen, dass sie die Weisungsgebundenheit und Eingliederung der Beigeladenen auch nur annÃ $\frac{1}{4}$ hernd auf- oder Ã $\frac{1}{4}$ berwiegen kÃ $\frac{1}{4}$ nnten.

Â

36

aa) Die Beigeladene war keinem nennenswerten Unternehmerrisiko ausgesetzt. Sie erhielt eine feste Einsatzpauschale nebst einem festen Lohn fýr geleistete Einsatzstunden und hatte keinen Verdienstausfall zu befýrchten. Für sie bestand auch nicht die Chance, durch unternehmerisches Geschick ihre Arbeit so effizient zu gestalten, dass sie das Verhältnis von Aufwand und Ertrag zu ihren Gunsten entscheidend hätte beeinflussen können. Das Risiko, vom Kläger keine Dienste mehr angeboten zu bekommen, ist für die Statusbeurteilung der Tätigkeit in den jeweils gesondert zu betrachtenden Einzeldiensten irrelevant. Denn aus dem Risiko, auÃ $\Box$ erhalb der Erledigung einzelner Dienste zeitweise die eigene Arbeitskraft gegebenenfalls nicht verwerten zu können, folgt kein Unternehmerrisiko bezýglich der einzelnen Einsätze (vgl BSG Urteil vom 18.11.2015 â $\Box$ A BÂ 12Â KR 16/13Â RÂ â $\Box$ BSGE 120, 99 =Â SozR 4â $\Box$ 2400 §Â 7 Nr 25, RdNr 36 mwN). Zudem hätte dies nach dem â $\Box$ Vertrag Freiwilliger Notarzt Landkreis Râ $\Box$  wohl zunächst einer KÃ⅓ndigung bedurft.

Â

37

bb) Auch der vom KlĤger angestellte Vergleich mit BelegĤrzten nach  $\frac{\hat{A}\hat{S}\hat{A}}{A}$  121 Abs 2 SGB V spricht nicht fýr die Selbstständigkeit von Notärzten. Nach dieser Vorschrift sind Belegärzte iS des SGB V nicht am Krankenhaus angestellte Vertragsärzte, die berechtigt sind, ihre Patienten (Belegpatienten) im Krankenhaus unter Inanspruchnahme der hierfýr bereitgestellten Dienste, Einrichtungen und Mittel vollstationär oder teilstationär zu behandeln, ohne hierfür vom Krankenhaus eine Vergütung zu erhalten. Abgesehen davon, dass in der Rechtsprechung des Senats offen ist, unter welchen Umständen Belegärzte im Krankenhaus im Einzelnen sozialversicherungsrechtlich selbstständig tätig sind (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 â∏ B 12 R 11/18 R â∭ BSGE 128, 191 = SozR 4â∏2400 §Â 7 Nr 42, RdNr 17), ist bereits die Vergütungssituation der Beigeladenen nicht mit der von Belegärzten vergleichbar. Die Beigeladene erhielt ihre Vergütung vom Kläger, nicht von den Notfallpatienten oder deren Kostenträgern, und nutzte die vom Kläger bereitgestellten Dienste, Einrichtungen und Betriebsmittel ohne hierfür ein Entgelt entrichten zu müssen.

Â

38

e) Zu einer anderen Statusbeurteilung zwingt auch nicht die zum 11.4.2017 eingefýhrte Vorschrift des <u>§Â 23c Abs 2 Satz 1 Nr 1 SGB IV</u> (idF des Gesetzes vom 4.4.2017, <u>BGBl l 778</u>). Danach sind Einnahmen aus Tätigkeiten als Notärztin oder Notarzt im Rettungsdienst nicht beitragspflichtig, wenn diese Tätigkeiten neben einer Beschäftigung mit einem Umfang von regelmäÃ∏ig mindestens 15 Stunden wöchentlich auÃ∏erhalb des Rettungsdienstes ausgeübt werden. Regelungsgegenstand dieser Bestimmung ist ausdrücklich die Beitragspflicht, nicht die Versicherungspflicht aufgrund von Beschäftigung. Demzufolge entfällt weder das Rechtsschutzbedürfnis für die Klage noch ist

| der streitige Statusfeststellungsbescheid ohne Weiteres teilweise erledigt.  |
|--|
| Â  |
| 39   |
| 3. Die Beigeladene ist auch nicht aufgrund anderer Vorschriften von der Versicherungspflicht ausgenommen. Es handelt sich bei ihrer Tätigkeit als Notärztin weder um eine versicherungsfrei bleibende geringfù⁄₄gige Beschäftigung nach § 8 Abs 1 SGB IV (dazu a) noch um eine unständige iS des § 27 Abs 3 Nr 1 SGB III (dazu b). |
| Â  |
| 40   |
| a) Die Voraussetzungen einer zur Versicherungsfreiheit in der GKV (§ 7 Abs 1 SGB V) und sPV (§ 20 Abs 1 Satz 1 SGB XI iVm § 7 Abs 1 SGB V) sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung (§ 27 Abs 2 Satz 1 SGB III) führenden geringfügigen Beschäftigung sind nicht erfüllt.   |
| Â  |
| 41<br>Nach <u>§ 8 Abs 1 SGB IV</u> ist eine Beschäftigung geringfÃ⅓gig, wenn<br>Â  |
| Â  |
|  |
|  |

42

Die beiden Fallgruppen der Nr 1 oder 2 des §Â 8 Abs 1 SGBÂ IVÂ unterscheiden sich dadurch, dass entgeltgeringfļgige BeschĤftigungen (Nr 1) regelmäÃ∏ig und zeitgeringfügige Beschäftigungen (Nr 2) nur gelegentlich ausgeübt werden (BSG Urteil vom 11.5.1993  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A}$  12 $\hat{A}$  RK 23/91 $\hat{A}$   $\hat{a} \sqcap \sqcap \square$  SozR <u>3â∏2400 §Â 8 Nr 3</u> *SÂ 11Â f, mwN)* und nach ihrer Eigenart oder vertraglich im Voraus auf eine bestimmte Anzahl von Monaten oder Arbeitstagen im Kalenderjahr begrenzt sind (*vgl dazu BSG Urteil vom 24.11.2020 â*∏ДÂ <u>BÂ 12Â KR 34/19Â R</u>Â â∏∏ BSGE 131, 99 =  $\hat{A}$  SozR  $4\hat{a}$   $\square$  2400  $\hat{A}$   $\hat{A}$  8 Nr $\hat{A}$  9, RdNr $\hat{A}$  12). Als regelm $\hat{A}$   $\cong$   $\hat{A}$   $\cong$   $\hat{A}$   $\cong$   $\hat{A}$ dabei eine BeschĤftigung anzusehen, die bei vorausschauender Betrachtung (vgl  $BT\hat{a} \square Drucks \hat{A}$  7/4122  $S\hat{A}$  43) von vornherein auf st $\tilde{A}$   $\times$  ndige Wiederholung gerichtet ist und über mehrere Jahre hinweg ausgeübt werden soll. Für das Vorliegen von RegelmäÃ∏igkeit kommt es dabei nicht darauf an, ob die jeweiligen ArbeitseinsÄxtze im Rahmen eines DauerarbeitsverhÄxltnisses von vornherein feststehen oder von Mal zu Mal vereinbart werden (BSG Urteil vom 7.5.2014 â∏∏ <u>B 12 R 5/12 R</u> â∏∏ SozR 4â∏∏2400 §Â 8 Nr 6 RdNr 21 mwN; BSG Urteil vom 23.5.1995  $\hat{a} \square \square \hat{A}$  12 $\hat{A}$  RK 60/93 $\hat{A}$   $\hat{a} \square \square$  SozR 3 $\hat{a} \square \square$ 2400  $\hat{A}$ § $\hat{A}$  8 Nr $\hat{A}$  4 S $\hat{A}$  20).

Die BeschĤftigung der Beigeladenen war wegen der von vornherein absehbaren Ä $_{\Box}$ berschreitung der Entgeltgrenze von 450 Euro monatlich nicht nach  $_{\Box}$ 8 $_{\Box}$ 8 Abs $_{\Box}$ 1 Nr $_{\Box}$ 1 SGB $_{\Box}$ 8 IV geringf $_{\Box}$ 4gig. Die T $_{\Box}$ 4gigkeit war auch nicht zeitgeringf $_{\Box}$ 4gig iS des  $_{\Box}$ 8 $_{\Box}$ 8 Abs $_{\Box}$ 1 Nr $_{\Box}$ 2 SGB $_{\Box}$ 8 V, denn sie war bei vorausschauender Betrachtung (vgl BSG Urteil vom 24.11.2020  $_{\Box}$ 1 $_{\Box}$ 1 $_{\Box}$ 2 B $_{\Box}$ 3 KR 34/19 $_{\Box}$ 4 R $_{\Box}$ 1 BSGE 131, 99 =  $_{\Box}$ 4 SozR 4-2400  $_{\Box}$ 8 $_{\Box}$ 8 Nr $_{\Box}$ 9, RdN $_{\Box}$ 13) von vornherein auf st $_{\Box}$ 4 midge Wiederholung der Einzeldienste angelegt und auch weder in den Einzelvereinbarungen noch im Rahmenvertrag auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitstagen im Kalenderjahr begrenzt.

Â

44

Zwar war die Beigeladene frei in der Ä\[]bernahme von konkreten Terminen, aber der geschlossene \( \frac{a} \] Vertrag Freiwilliger Notarzt Landkreis R\( \frac{a} \] stellt einen Rahmenvertrag dar, der die einzelnen Eins\( \triangle a\) ztze in eine auf Dauer angelegte Rechtsbeziehung einbettet. Diese Rahmenvereinbarung gilt unabh\( \triangle a\) mgig von den jeweiligen Auftr\( \triangle a\) gen zeitlich unbegrenzt und sieht ein gesondertes K\( \triangle a\) 4ndigungsrecht mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende vor. Dabei war der Rettungsdienst des K\( \triangle a\) gers nach seiner Eigenart systematisch und strukturell so organisiert, dass die \( \triangle a\) bernahme von Notarztdiensten ohne erkennbare zeitliche Begrenzung angeboten wurde. Die Besch\( \triangle a\) ftigung der Beigeladenen ist daher eine regelm\( \triangle a\) auch wenn jeweils nur limitierte Einzeleins\( \triangle a\) tze individuell verabredet wurden.

Â

45

b) Die Tätigkeit der Beigeladenen als Notärztin war auch nicht nach §Â 27 Abs 3 Nr 1 SGB III versicherungsfrei im Recht der Arbeitsförderung. Nach dieser Vorschrift bleibt eine unständige Beschäftigung versicherungsfrei, die berufsmäÃ∏ig ausgeübt wird. Unständig ist eine Beschäftigung, die auf weniger als eine Woche der Natur der Sache nach beschränkt zu sein pflegt oder im Voraus durch Arbeitsvertrag beschränkt ist. Das Erfordernis der BerufsmäÃ∏igkeit setzt voraus, dass die â∏Q typischerweise bei ständig wechselnden Arbeitgebern ausgeübten â∏ unständigen Beschäftigungen zeitlich oder wirtschaftlich den Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit bilden (vgl BSG Urteil vom 28.5.2008 â∏Q B 12 KR 13/07 R â∏☐ juris RdNr 25). Die Tätigkeit als Notärztin im Rettungsdienst stellte jedoch nicht die Haupttätigkeit der Beigeladenen dar, die vielmehr hauptsächlich eine Stelle als Krankenhausärztin innehatte.

46

C. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 197a Abs 1 Satz 1 Teilsatz 3 SGG</u> iVm <u>§Â 154 Abs 2, <u>Â</u>§Â 162 Abs 3 VwGO.</u>

Â

47

D. Die Streitwertfestsetzung beruht auf  $\frac{\hat{A}\hat{S}\hat{A}}{197a}$  Abs $\hat{A}$  1 Satz $\hat{A}$  1 Teilsatz $\hat{A}$  1 SGG iVm  $\hat{A}\hat{S}\hat{A}$  63 Abs $\hat{A}$  2 Satz $\hat{A}$  1,  $\hat{A}\hat{S}\hat{A}$  52 Abs $\hat{A}$  2 und  $\hat{A}\hat{S}\hat{A}$  47 Abs $\hat{A}$  1 GKG.

Â

Erstellt am: 01.04.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024